

## Verbraucherschutzmobil im Einsatz

gegen unberechtigte Mieterhöhungen, gegen Verstöße des Wirtschaftlichkeitsgebots, gegen skandalöse Betriebskostenabrechnungen und dreißte Abzocke in vielen Bereichen des Alltags für alle Verbraucher. Immer wieder wird dieses Fahrzeug überraschend auftauchen und dabei hoffentlich der Gerechtigkeit ein wenig auf die Sprünge helfen. Unser Auftrag und unsere Aufgaben finden Sie im Anhang auf dem Flyer der ab 15. September 2010 in der Stadt verteilt wird und zwar an den Brennpunkten, da wo die Menschen den Mieter- und Verbraucherschutz am nötigsten haben.

Wenn man den Veröffentlichungen zurzeit folgt, ist von rapide steigenden Mieten auszugehen. Auch die Nebenkosten spielen hierbei eine dramatische Rolle. Viele Wohnungen sind darüber hinaus sanierungsbedürftig, schon allein die Heizkosten einzudämmen und den Schimmelbefall zu stoppen, nicht immer ist der Mieter schuld, weil er nicht heizen und lüften kann, so wie es einige Eigentümer gebetsmühlenartig wiederholen und die Mieter dadurch verunsichert sind. Die Feststellungen, dass in Berlin die Mieten im letzten Jahr um 14 % gestiegen sind und es muss noch ergänzt werden, dass Fälle um die 20 % vorgekommen sind, und dass bei einem Zustand der Wohnanlagen, die man nur als skandalös bezeichnen kann. Undichte Dächer, abfallenden Putz, marode Fenster, schlechte Heizung, stinkende Keller, unsaubere Müllstandsflächen und es ließe sich noch einiges anmerken, u.a. dass Vermieter die Dreistigkeit haben, eine mit Fliesenmuster bedruckte Tapete in der Küche als geflieste Wand auszuweisen, in der vom Vermieter geforderten Mieterhöhung, die der Mieter auch noch unterschreiben soll, für seine so genannte Zustimmung nach § 558 BGB. Die davon betroffene fast 80jährige Mieterin wartet nun gespannt auf das Urteil des Spandauer Amtsgerichts. Wir werden diesbezüglich zeitnah eine Stellungnahme abgeben.

Wenn ein Immobilienexperte angesichts der rapide steigenden Mieten verlautbaren lässt, der wirtschaftliche Aufschwung hätte sich ausgewirkt, so sind seine Aussagen jenseits der Realität. Tatsache ist es, dass Millionen von Menschen in unserem Land an der Armutsgrenze leben und hiervon betroffen sind, im besonderen Maße die Kinder, Familien, unsere Mitbürger mit Migrationshintergrund, alleinstehende Behinderte und viele Randgruppen, die einen sehr schweren Stand in unserer Gesellschaft haben. Die derzeit laufende Diskussion in der breiten Öffentlichkeit zeigt, dass die Probleme nicht verniedlicht werden dürfen, sondern sie müssen öffentlich diskutierbar bleiben, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird.

Wir sollten nicht so lange warten bis eine Entwicklung eintritt, die eigentlich niemand wollte.

Der Verbraucherschutz und die Gerechtigkeit müssen zum zentralen Thema in unserer Gesellschaft erklärt werden, damit alle Menschen in unserem Land geschützt werden vor Entwicklungen und Einflüssen, die er allein nicht verhindern und bewältigen kann. Unser Verbraucherschutzmobil wird sich den Aufgaben stellen, wo immer es auftaucht.